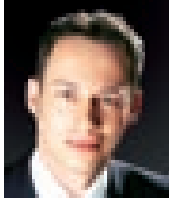


Zimmer: Geschichte nicht umdeuten



Nicolas Zimmer
MdB

Wie gedenkt man in Berlin der zweiten deutschen Diktatur, wie Mauer und Schießbefehl? An den Kreuzen am Checkpoint Charlie hat sich dazu eine anhaltende Diskussion eröffnet. Sentor Flierl (PDS) hat jetzt ein Konzept vorgelegt. Der Fraktionsvorsitzende der CDU im Abgeordnetenhaus, Nicolas Zimmer, bezieht in folgendem Namensartikel dagegen Stellung:

Das Verfahren des Senators für Kultur, ein Gedenkstättenkonzept in Berlin zu entwickeln, ist inakzeptabel. Herr Flierl versucht an-

scheinend, das Parlament und die Öffentlichkeit auszuschließen, da eine Befassung des Abgeordnetenhauses erst am Ende des Prozesses steht. Dies ist ein Affront für die Öffentlichkeit und die Politik, die täglich mit dem Gedenken umgehen. Rot-Rot hat beim Thema Gedenken keine Deutungshoheit über die Berliner Mauerreste und die Geschichte der Teilung. Es wird dem Kultursenator auch nicht gelingen, die Geschichte der deutschen Teilung an den authentischen Orten in Berlin umzuschreiben. Der Checkpoint Charlie ist kein Ort der Konfrontation der Weltmächte oder des Kalten Krieges. Er ist vor allem ein Symbol für die Verteidigung der Frei-

heit Berlins durch die alliierten Schutzmächte. Der ehemalige Grenzübergang muss ein Ort des Gedenkens sein, der es den Menschen, die Erinnerung suchen, begreifbar macht, welches menschliche Leid Mauer und Stacheldraht nicht nur bei den Hinterbliebenen der Opfer für immer hinterlassen haben. Der Checkpoint Charlie ist schon gar kein Ort für ein ausladendes Dokumentationszentrum. Die Installation der Holzkreuze hat uns die Richtung aufgezeigt, die Erinnerung braucht: Die Toten an der Mauer, die für ihren Frei-

heitswillen gestorben sind, geben uns die Verantwortung auf, mit der Geschich-

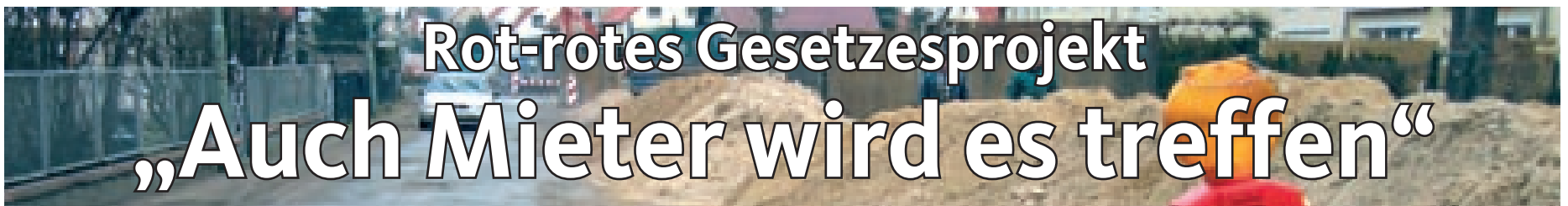
tor auf, sich im Zuge einer Ausweitung der Gedenkstätte Bernauer Strasse



te sorgsam umzugehen. Wir sind es ihnen schuldig. Bei dem Konzept fehlen mir vor allem die Leitbegriffe der demokratischen Erinnerungskultur: Nirgends finden sich Worte wie Diktatur, Flucht und Freiheit. Ich fordere den Kultursena-

tor frühzeitig mit dort bereits geplanten Baumaßnahmen zu beschäftigen. Dem Vernehmen nach seien bereits Genehmigungen für den Bau von Büro- und Geschäftshäusern auf dem Areal erlassen worden.

Nicolas Zimmer



Bei den Häuslebauern und den Wirtschaftstreibern rumort es in Berlin. Der rot-rote Senat plant ein neues Gesetz, das im Einzelfall erhebliche Belastungen bedeuten kann. Die Berliner Rundschau sprach mit Svend Simdorn (CDU), der seit 2001 Baustadtrat in Hellersdorf-Marzahn ist.

BR: Der SPD-PDS-Senat ist auf dem Wege sein Straßenausbaubeitragsgesetz zu verabschieden. Herr Simdorn, erklären Sie bitte das Vorhaben in kurzen Worten.

Simdorn: Mit dem Gesetz will das Land Berlin als Gegenleistung für die Verbesserung, Erweiterung und Erneuerung an öffentlichen Straßen und Plätzen Beiträ-

ge von Grundstückseigentümern und Erbbauberechtigten erheben. Hier soll die seit Jahren unzureichende Unterhaltung des Straßennetzes nunmehr durch eine zusätzliche Abgabe zu Lasten der Bürger finanziert werden. Ich nenne dies eine versteckte Steuererhöhung und darüber hinaus auch ausgesprochen wirtschafts-

feindlich.

BR: Habe ich Sie richtig verstanden, es müssen also nur die betroffenen Eigentümer bezahlen, nicht die Mieter?

Simdorn: Das würde ich so nicht sagen, da die Vermieter diese Kosten ja nicht aus eigener Tasche tragen möchten und einen Weg finden werden diese umzulegen. Auch sie wird es treffen.



Svend Simdorn

BR: Ihre Partei unterstellt dem rot-roten Senat bei den Vorhaben Ideologie und nennt im selben Atemzug das Vorhaben eine Einheitsschule einzuführen und den Religionsunterricht zu benachteiligen. Wo ist da die Verbindung?

Simdorn: Es geht nicht an einerseits die Abgabenlast für die Bürger immer höher zu schrauben und ihnen andererseits dafür immer weniger zu geben. Unter dem Deckmantel der Haushaltssanierung werden eben auch einige politische Zielvorstellungen aus den frühen siebziger Jahren wieder hervorgekramt und zum Programm erhoben.

BR: Besten Dank für das Gespräch.

Auf ein Wort: >> Kapital, das

Der SPD-Vorsitzende Franz Münterfering hat erkannt wer Schuld ist. „Die wachsende Macht des Kapitals“ wird gegeißelt und das „kurzatmige Profithandeln“. Der Duden sagt über den Begriff als Adjektiv, er bedeute „vorzüglich, hauptsächlich“ und als Substantiv „alle Geld- und Sachwerte, die einer Produktion dienen, die Gewinn abwirft“. Hauptsächlich auf einen vorzüglichen Mehrwert hofft nun auch der wiedergeborene Sozialismus-Prediger Münterfering. Die SPD-geführte Regierung, die die tiefste Krise Nachkriegs-

Deutschlands zu verantworten hat, plädiert mit einer Neid- und Unzurechenbarkeits-Rhetorik auf „nicht schuldig“. Wie ein Trickbetrüger, der „Haltet den Dieb“ ruft, bevor ihm

Namen des Volkes seine Beute wieder entrissen werden soll. Der globalisierte Wettbewerb, die sich erweiternde EU und das alles bei einer Staatsquote von etwa 50 Prozent, all das lässt sich nicht durch SPD-Programmatik ändern. Aktueller Staats-Spaß: in ganzseitigen Anzeigen feiert die Bundesregierung, dass die Menschen aus der Sozialhilfe geholt wurden. Im Kleingedruckten folgt die Erklärung: Mehr als 90 Prozent der Menschen werden seit 2005 in der Arbeitslosenstatistik geführt. Ein kapitaler Kalauer. (dr)

